

## Bürgerschaftliches Engagement

### Empfehlungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes LV Berlin zur Rot-Rot-Grünen Koalitionsvereinbarung

Der Paritätische Wohlfahrtsverband begrüßt, dass bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema der Berliner Landes- und Bezirkspolitik verortet wird bzw. werden soll. Der Paritätische begrüßt insbesondere, dass die Beteiligungsmöglichkeiten der Berlinerinnen und Berliner gestärkt werden, sowie die Transparenz der Entscheidungsprozesse erhöht werden soll.

Des Weiteren setzt sich der Paritätische Wohlfahrtsverband seit Jahren für eine Stärkung der Freiwilligenagenturen ein und begrüßt, dass diese Eingang im Koalitionsvertrag gefunden haben.

Wir weisen deutlich darauf hin, dass die neuen zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem Bereich der Willkommenskultur und der Arbeit mit Geflüchteten keinerlei Erwähnung in der Koalitionsvereinbarung finden, obwohl diese maßgeblich Erstunterstützung geleistet haben und noch leisten. Um bürgerschaftliches Engagement langfristig und nachhaltig zu gestalten, ist es unabdingbar, dass diese Initiativen als starker Partner in der Arbeit mit Geflüchteten wahrgenommen und unterstützt werden. Nachbarschaftseinrichtungen, Stadtteilzentren und Mehrgenerationenhäuser, sowie die Geschäftsstelle Bezirke des Paritätischen sind mit vielen neuen zivilgesellschaftlichen Initiativen bereits vernetzt.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband steht mit seinen Mitgliedsorganisationen dem Land Berlin und den Bezirken als aktiver Partner für zukünftige Projekte wie z.B. lokale Bildungsverbände, den Netzwerken des ehrenamtlichen Engagements und zur Weiterentwicklung der Berliner Engagementstrategie zur Verfügung.

#### Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin empfiehlt:

- Für die frühzeitige Bürgerbeteiligung bezüglich der zu schaffenden Vorhabenplattform, muss eine durchdachte, transparente und punktgenaue Strategie entwickelt werden, um reale Beteiligung nachhaltig möglich zu machen.
- Die Landesebene sollte dem Thema Mentoringprogramme Priorität einräumen und vorhandene Programme unterstützen, um bestenfalls eine Selbstverständlichkeit von Mentoringprogrammen zu entwickeln, die bei vielen Universitäten und Unternehmen seit Jahrzehnten gegeben ist.
- Der Ausbau von Freiwilligenagenturen sollte in keinen Fall auf Kosten bestehender, senatsgeförderter Angebote wie z.B. dem Infrastrukturförderprogramm erfolgen. Die Bezirke müssen beim Ausbau der Freiwilligenagenturen einbezogen werden.

- Die im Masterplan bereitgestellten Gelder zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements mit Geflüchteten sind über 2018 zu sichern und sollten vor allem neuen zivilgesellschaftlichen Initiativen zu Gute kommen.
- Beim Ausbau der Berliner Ehrenamtsstrategie müssen alle relevanten Akteure mit einbezogen werden wie z.B. LIGA, Freie Träger wie Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser, Freiwilligenagenturen, Initiativen und Willkommensbündnisse, CSR Abteilungen der freien Wirtschaft, Politik und Verwaltung
- Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten benötigt Strukturen, die es zu einem verlässlichen Ansprechpartner für zivilgesellschaftliche Initiativen und soziale Organisationen macht.
- Nur eine klare inhaltliche Aufgabenteilung zwischen der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales einerseits und eine konstruktive sowie fachliche Abstimmung andererseits wird dem Thema bürgerschaftlichen Engagement in Berlin gerecht werden.

## Passagen zum Thema Bürgerschaftliches Engagement aus der Koalitionsvereinbarung

### Zivilgesellschaftliche Unterstützung und außerschulische Lernorte, S. 20 Z. 321

„Die Koalition unterstützt auch finanziell den Aufbau **lokaler Bildungsverbände, in denen mit Einbeziehung zivilgesellschaftlichen Engagements** die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen verbessert werden. Dazu soll die Arbeit von Partnern wie **Lesepaten, Senior-Partners at School, Mentoring-Programmen und Teach First** auch künftig unterstützt und ggf. finanziell abgesichert werden.“

### Liegenschaftspolitik als Instrument der Daseinsvorsorge, S. 22 Z. 27

„Die Liegenschaftspolitik wird mit dem Ziel weiterentwickelt, erforderliche Aufgaben des Landes und der Bezirke aktiv zu unterstützen. Dazu gehört neben der Daseinsvorsorge auf der Grundlage der kommunalen Infrastrukturkonzepte und der Flächenvorsorge für Wohnungsbau und Gewerbe auch die **Förderung bürgerschaftlicher Vorhaben**. Um längerfristige **und günstigere Mietkonditionen für soziale Träger und Projekte** zu erreichen, wird ein Generalmietermodell entwickelt.“

### Bürger\*innenhaushalt, S. 98 Z. 383

„Die Lust auf Partizipation und **bürgerschaftliches Engagement** ist in Berlin deutlich zu spüren. Das Ziel der Koalition ist die Stärkung des sozialen Zusammenlebens und der politischen Kultur in unserer Stadt und die Förderung der partizipativen Demokratie. Eine wirkungsvolle Möglichkeit zur Beteiligung der Menschen ist die Mitbestimmung über die Verteilung der Haushaltsmittel. Die Koalition wird unter Auswertung positiver Beispiele - wie Paris oder Köln - prüfen, ob und inwieweit im Land Berlin weitere Bürger\*innenhaushalte eingeführt werden können.“

### Ehrenamt fördern und vor Ort stärken, S. 128 Z. 228

„Die Koalition setzt sich gemeinsam mit den Bezirken für eine flächendeckende systematische infrastrukturelle Förderung und Finanzierung der Freiwilligenarbeit in Form **Bezirklicher Freiwilligenagenturen** sowie **Netzwerken von Stadtteilzentren und anderen Akteuren** ein. Die Koalition erarbeitet in einem partizipativen und ressortübergreifenden Prozess eine **Engagementstrategie** als einen Baustein zur Stärkung des **Netzwerkes des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements**. In den Bezirken sollen **Bezirkliche Beaufträge für Bürgerschaftliches Engagement** etabliert werden.“

### Bürger\*innenschaftliches Engagement und Partizipation, S. 236 Z. 1

„Das gesellschaftliche Engagement der Berliner\*innen ist so vielfältig wie die Stadt selbst und reicht von der Nachbarschaftshilfe und dem Sportverein über das Engagement von Unternehmen und neuen Formen des Sozialen Unternehmertums, in Wohlfahrtsverbänden, Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften bis zur politischen Partizipation. Die Koalition **wird die Beteiligung der Berliner\*Innen auf allen Ebenen stärken und die Transparenz von Entscheidungsprozessen erhöhen**. Zwischen bürger\*innenschaftlichem Engagement, sozialer Integration und Partizipation besteht ein enger Zusammenhang.“

### Bürger \*innenschaftliches Engagement und Anerkennungskultur, S. 236 Z. 27

„Die Förderung des **Bürgerschaftlichen Engagements** ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern als politische Gestaltungsaufgabe mitgedacht werden muss und **Projekte und Programme aller Senatsverwaltungen und der Berliner Bezirke** umfasst.

Die Koalition erwartet von den Berliner Bezirken, für das Bürgerengagement vor Ort in den Kiezen eine **nachhaltige Basisstruktur** bereitzustellen und die gesamtstädtisch entwickelte Anerkennungskultur (Ehrenamtskarte, Freiwilligenpässe etc.) zum Maßstab zu machen. Dafür wird die Koalition gemeinsam mit den Bezirken auf die **Absicherung von Freiwilligenzentren bzw. Freiwilligenagenturen**, Weiterbildungsangeboten, professionelle Begleitung und Aufwandsentschädigungen bis hin zur Organisation von Ehrungsveranstaltungen unter Leitung der bzw. des Bezirksbürgermeister\*in hinwirken.“

„Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass die **Ehrenamtskarte** attraktiver und gemeinsam mit dem Land Brandenburg zu einer Ehrenamtskarte für die Metropolregion entwickelt wird, die zugleich auf die Bedürfnisse der ehrenamtlich Aktiven zugeschnitten ist. Die Koalition wird die Wertschätzung für das Engagement der Berliner\*innen, Berliner Unternehmen und für **sektorenübergreifende Ansätze** weiter stärken. Der Unternehmenspreis wird fortgeführt. Mit der Zusammenführung des Berliner Stiftungstages, des Neustifterempfanges und der Freiwilligenbörse und der Verbindung mit der Verleihung eines Unternehmenspreises „engagiert in Berlin“ ist ein erster Schritt zur Vernetzung der unterschiedlichen Sektoren des Engagements in der Zivilgesellschaft erfolgt. Dieser Ansatz wird mit dem Ziel, die öffentliche Präsenz des Engagements in Berlin zu stärken, fortgesetzt.“

### Bürgeraktiv fortführen und weiterentwickeln, S. 237 Z. 53

„Die landeseigene **Engagementplattform** Bürgeraktiv verzeichnet stetig ein hohes Nutzungsaufkommen und dient als zentrale Informations- und Vermittlungsplattform bürgerschaftlichen Engagements in Berlin. In dieser Funktion muss die Plattform stetig fortgeführt

und weiterentwickelt werden. Bürgeraktiv wird künftig verstärkt digitale Informationen über „Fördertöpfe“, also Bundes- und Landesprogramme zur Förderung des gesellschaftlichen Engagements, enthalten.“

**Paritätischer Wohlfahrtsverband LV, Geschäftsstelle Bezirke**